

Nr. 353 | 21.10.2025

Polen-Analysen

Die polnische Außenpolitik und der Einfluss
der Geschichte und Identität

■ ANALYSE	
Die polnische Außenpolitik im Schatten von Geschichte und Identität Adam Balcer, Jan Nowak-Jeziorański-Kolleg für Osteuropa, Warschau	2
■ DOKUMENTATION	
11. Juli – Nationalfeiertag zum Gedenken der Polen, die 1939–1946 Opfer des Völkermordes durch ukrainische Nationalisten wurden (Gesetzestext)	7
■ UMFragen	
Veränderungen der Sympathie und Antipathie der polnischen Bevölkerung gegenüber anderen Nationen 2005–2025	8
■ CHRONIK	
16. September – 20. Oktober 2025	10

Die polnische Außenpolitik im Schatten von Geschichte und Identität

Adam Balcer, Jan Nowak-Jeziorański-Kolleg für Osteuropa, Warschau

DOI: 10.31205/PA.353.01

Zusammenfassung

Die polnische Außenpolitik unterscheidet sich von der vieler anderer Länder durch ihre sehr starke Verflechtung mit der Geschichts- und Erinnerungspolitik sowie der Identitätspolitik. Dies tritt insbesondere in der polnischen Ostpolitik zutage, deren wichtigster Adressat die Ukraine ist. Ein wesentliches Merkmal ist die Bezugnahme auf die Kategorie »Zivilisation«, was die Wahrnehmung der äußeren Welt verengt. Um die von Geschichte und Identität geprägte Außenpolitik umzusetzen, wurde eine ausdifferenzierte institutionelle Infrastruktur aufgebaut. Die Vitalität dieser Politik wird dabei auch von der deutlichen Überrepräsentation von Historiker-Politikern in Positionen, die für die Gestaltung und Umsetzung der polnischen Außenpolitik verantwortlich sind, begünstigt. Hinzu kommt eine deutliche ideologische Einflussnahme durch Berufshistoriker in staatlichen Schlüsselinstitutionen.

Die in den letzten zehn bis zwanzig Jahren in Polen stattgefundenene zunehmende Verflechtung der Außenpolitik mit der Geschichts- und Identitätspolitik leitet sich aus der aktuell vorherrschenden ethnischen Ausprägung der polnischen nationalen Identität sowie dem Hauptnarrativ des historischen Gedächtnisses ab. Dieses fasst die Polen vor allem als ein Volk von Opfern und Helden auf. Die Verquickung von Geschichte, Identität und Außenpolitik zeigt sich besonders krass in der polnischen Ostpolitik, in der die Ukraine eine Schlüsselposition einnimmt. Diese Verflechtung ist eine gewichtige Belastung für die polnische Ostpolitik, denn sie wirkt wie eine Scheuklappe, die die Fähigkeit einschränkt, auf innovativere Art und Weise auf Osteuropa zu blicken. Das hat zur Folge, dass ein wichtiges Potential Polens ungenutzt bleibt. Diesen Stand der Dinge zu verändern, ist sehr schwierig, da wenig Selbstreflexion darüber besteht, dass es diese Scheuklappen gibt: Verbreitet ist die Meinung »die Polen kennen – im Unterschied zu den westeuropäischen Ländern – ganz Osteuropa, Russland inbegriffen, ganz hervorragend«. Zudem ist der kritische öffentliche Diskurs über die polnische nationale Identität und die historische Erinnerung beschränkt. Dieses Defizit betrifft wiederum auch die Reflexion der historischen Beziehungen der Polen zu den Nationen in Osteuropa. Leider ist in dieser Hinsicht nicht mit einer wirkungsvollen Reaktion linker und liberaler Kreise zu rechnen, da viele von ihnen in einer abgeschwächten Form das ethnisch begründete Identitätsnarrativ des Mainstreams, die These eines zivilisatorischen West-Ost-Gefälles sowie die Vision von Polen als Bollwerk des Westens teilen, sich dessen aber häufig nicht einmal bewusst sind.

Die am stärksten Geschädigten und die Heldenhaftesten

Die große Bedeutung der Geschichts- und Identitätspolitik für die polnische Außenpolitik ergibt sich aus der

Prägung des polnischen historischen Gedächtnisses und der polnischen Identität. Joanna Konieczna-Sałamatin, Tomasz Stryjek und Natalia Otrishchenko, die vor einigen Jahren eine komplexe Untersuchung zum Thema polnisches und ukrainisches historisches Gedächtnis und Identität durchgeführt haben, stellen fest, dass »sich die Polen, wenn sie ihre Identifikation zum Ausdruck bringen wollen, [...] häufiger, mit größerem emotionalem Engagement und unmissverständlicher auf historische Ereignisse aus der nationalen Geschichte beziehen, als das andere Nationen, zumindest in Mittel- und Osteuropa, tun.« Ein Beleg dafür ist den drei Wissenschaftlern zufolge der hohe Sättigungsgrad des öffentlichen Diskurses an Vergangenheitsbezügen sowie die Präsenz von historischen Themen in Medien aller Art. Ihre Untersuchungen zeigen auch, dass es in Polen eine große Unterstützung dafür gibt, Erinnerungspolitik als Instrument der internationalen Politik einzusetzen. Die Wissenschaftler sprechen hier von einer »tiefen Verankerung« der Identität der heute lebenden Polen in ihrer Geschichte. Sie leite sich daraus ab, wie die Polen ihre eigene Geschichte wahrnehmen – Geschichte als Grundstolz zu sein. In Befragungen, die das Meinungsforschungsinstitut CBOS vor knapp zehn Jahren durchgeführt hat, stimmten ca. 75 Prozent der Polen der Meinung zu, dass »die polnische Nation in ihrer Geschichte häufiger Unrecht erlitten hat als andere Nationen« sowie dass »die Polen stolz auf ihre Geschichte sein können, da sie edelmütiger als andere Nationen gehandelt haben«. Diese Einstellungen gehen mit einer sehr eingeschränkten Bereitschaft der deutlichen Mehrheit der Polen einher, die moralische Verantwortung für das von ihren Vorfahren an Vertretern anderer Nationen zugefügte Leid und verübte Straftaten anzunehmen.

Gleichzeitig zeigen weitere Untersuchungen von CBOS sowie anderen Meinungsforschungsinstituten wie IBRIS und Pew Research Center, dass sich in den

letzten Jahren bei den Polen das Verständnis ihrer Identität v. a. als ethnische – und nicht als staatsbürgerliche – Identität verstärkt hat, mit negativer Einstellung gegenüber der Idee der Multikulturalität. Die Umfragen zeigen auch einen deutlichen Anstieg der Fremdenfeindlichkeit, die sich gegen Migranten, v. a. gegen Muslime, People of Color und des Weiteren gegen Ukrainer, richtet (die Einstellung Letzteren gegenüber hat sich in den Jahren 2022/23, zu Anfang des russischen Angriffskrieges gegen das Land deutlich verbessert). Diese gesellschaftliche Stimmung und die Identitäts- und Geschichtspolitik der politischen Eliten bedingen sich gegenseitig, was zu einem deutlichen Anstieg der Unterstützung für die extreme Rechte sowie zu einer zunehmenden Identifikation mit dem Nationalismus in der weicheren Version des Mitte-rechts-Lagers führte. Diese gesellschaftlichen und politischen Trends fanden in den beiden Regierungsphasen von Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość* – PiS), der »abgeschwächteren« Version der extremen Rechten, statt, die in den Jahren 2015–2023 die Regierung anführte. Der von ihr unterstützte Karol Nawrocki gewann im Juni 2025 im zweiten Wahlgang die Präsidentschaftswahlen, wobei im ersten Wahlgang die Kandidaten des rechten politischen Lagers (vom gemäßigten über den Mainstream bis zum extrem rechten Flügel) knapp 55 Prozent der Stimmen erlangten. Dieses politische Lager unterstützt entschieden die hier dargestellte Geschichtspolitik und bezeichnet sie als Politik des Stolzes. Sie schreibt sich in die gesellschaftliche Stimmung ein und erzeugt sie gleichzeitig mit.

Die polnische Vision der eigenen Vergangenheit

Die polnische Geschichts- und Identitätspolitik hat auch ein großes außenpolitisches Gewicht, denn sie betrifft die historischen Beziehungen zu anderen Nationen und wirkt sich auf die gegenwärtigen bilateralen Beziehungen aus, insbesondere zu Deutschland, Israel, Russland und der Ukraine. Berücksichtigt man die Anzahl der vom Sejm und Senat verabschiedeten Beschlüsse und Gesetze, der mit öffentlichen Geldern finanzierten Publikationen und Ausstellungen sowie Aussagen von Politikern in einflussreichen Positionen, muss man feststellen, dass die Ukraine der wichtigste Adressat der auf Geschichts- und Identitätspolitik gegründeten Außenpolitik Warschaus ist. Diese Situation ergibt sich aus der besonders komplizierten bilateralen Geschichte, die wesentliche Fundamente des polnischen historischen Gedächtnisses betrifft (dazu im Folgenden mehr), sowie aus der Anwesenheit einer umfangreichen ukrainischen Community (Migranten und Flüchtlinge) seit etwa zwanzig Jahren in Polen. Um die polnische Ukrainepolitik zu verstehen, muss sie in den größeren Kontext der polnischen historischen Wahrnehmung Osteuropas einge-

ordnet werden. Diese stützt sich (bewusst oder unbewusst) auf bestimmte Grundsätze, welche die polnische Geschichtsschreibung, Bildung sowie die Geschichtspolitik, auch in ihrer außenpolitischen Anwendung, dominieren.

Das Denken in den Kategorien der Zivilisation

Polen ist ein Land des Westens, der lateinischen Zivilisation, das auf einem höheren Niveau steht als der Osten und die östlichen Zivilisationen (das orthodoxe Byzanz, der Islam, Turan, die Nomaden der Eurasischen Steppe usw.). Daraus ergibt sich die historische zivilisatorische Mission Polens im Osten, die dem rechten politischen Lager zufolge mit einem Erfolg oder in der Deutung eines Teils der links und liberal eingestellten Kreise mit einer Niederlage endete. Die in Polen in den letzten Jahren zunehmende Popularität des Denkens in zivilisatorischen Kategorien findet sich in der sehr beunruhigenden Wiederanknüpfung polnischer Politiker und ihres intellektuellen Umfelds an die Zivilisationstheorie von Feliks Koneczny (1862–1949) wieder. Dessen Kenntnis anderer Kulturen war überwiegend sehr gering, seine Abneigung diesen gegenüber jedoch umso stärker. Koneczny hat die Zivilisationen hierarchisch eingeteilt und die These aufgestellt, dass die größte Gefahr für das lateinische Polen vonseiten der turanischen Zivilisation (Eurasische Steppe), der byzantinischen und der jüdischen Zivilisation ausgeht. Russen und Ukrainer (Kosaken) ordnete er der turanischen Zivilisation zu. Koneczny ist eine sehr wichtige Inspirationsquelle für den Historiker Andrzej Nowak, einen der wichtigsten Verfechter der Geschichtspolitik der PiS, andererseits aber auch für dessen Opponenten Jarosław Bratkiewicz, Direktor der Ost-Abteilung des Außenministeriums (2007–2010) und politischer Direktor des Außenministeriums (2010–2015). Er war einer der Hauptberater für Ostfragen von Außenminister Radosław Sikorski, der sich in den letzten Jahren für die Werbung für Bratkiewicz Buch »Euroazjatyzm na wspak« einsetzte.

Polen als Bollwerk des Westens

Die These besagt, dass Polen seit Jahrhunderten die Freiheit des zivilisierten Westens/des lateinischen Europas vor dem Despotismus des barbarischen Ostens/Asiens/Russlands/Turans/Islams/Byzanz' usw. verteidigt. Der Topos des Bollwerks wird vom Narrativ des polnischen Märtyrertums und Heroismus begleitet. Diese Selbstwahrnehmung wird von der Tatsache genährt, dass Polen an der Außengrenze der Europäischen Union und der NATO liegt. Radikal gestärkt wurde sie in den vergangenen Jahren durch den Vasallenstatus Belarus' gegenüber Moskau, die Flüchtlings- und Migrationskrise an der polnisch-belarusischen Grenze und insbesondere durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine.

Die Idealisierung der polnisch-litauischen Union (1385–1569) und der Ersten Republik Polen (1569–1795) sowie der polnischen Herrschaft/Präsenz in ihren Ostgebieten (seit 1340), den sogenannten Kresy

Die Idealisierung gründet darauf, dass nicht einmal in eingeschränktem Maße die Bereitschaft besteht, die Theorie des Postkolonialismus auf das polnische Erbe in Osteuropa (die aufgebauten Hierarchien, die polnische wirtschaftliche, politische, soziale und kulturelle Dominanz) anzuwenden. Hier lässt sich feststellen, dass viele polnische Historiker und Politiker sehr eindeutige und einfache Thesen zum Thema koloniale Imperien westeuropäischer Großmächte aufstellen, indem sie sie als Monolith auffassen – das Wissen über die Thematik ist offenkundig sehr gering. Andere intellektuelle Milieus lehnen jene Idealisierung ab, betrachten aber auch nicht ausreichend ihre negativen Aspekte. Beispielsweise stellt die sogenannte Volksgeschichte, die in links und liberal eingestellten Kreisen an Popularität gewinnt, das Leiden der Bauern ins Zentrum des Interesses, erkennt aber nicht deren ethnische und religiöse Differenzierung und das andere Ausmaß von Ausbeutung und Gewalt gegenüber den Ruthenen in den Gebieten der heutigen Ukraine. Andere Vertreter unterstreichen dagegen, dass sich die Probleme der Ersten Republik aus der »Orientalisierung« durch »östliche« Kulturen infolge der Herrschaft über die Ostgebiete ergeben hätten. Die Vollinvasion des totalitären Russlands in die Ukraine 2022 hat allein die Selbstwahrnehmung Polens als Land bestärkt, das »den Standard edelmütiger Freiheit und Toleranz verbreitete und zu einem Magnet wurde, der auch in den kommenden Jahrhunderten das multiethnische Mosaik der Eliten unserer Region aufrechterhält« wie es Außenminister Radosław Sikorski bereits 2008 beschrieben hatte. Der Polonozentrismus bei der Wahrnehmung der Ostgebiete der einstigen Republik erkennt nur oberflächlich die ethnische und religiöse Vielfalt dieser Gebiete an und marginalisiert das historische Gedächtnis der anderen Nationen, was heute deren gleichberechtigte Behandlung vonseiten Polens erschwert.

Die Ukraine – ein Fallstudium

Berücksichtigt man diesen östlichen Kontext des polnischen historischen Gedächtnisses, ist es kein Zufall, dass das Thema Wolhynien das zentrale Element der Geschichts-Identitätspolitik der polnischen Außenpolitik gegenüber der Ukraine wurde, also die von ukrainischen Nationalisten in den Jahren 1943–1945 in den süd-östlichen Gebieten der Zweiten Republik Polen verübten Verbrechen an der polnischen Bevölkerung. Sie werden von Polen offiziell als Völkermord anerkannt, was Kyjiw entschieden ablehnt. Beschlüsse, Äußerungen von Politikern und Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Thema

Wolhynien rufen regelmäßig Spannungen in den polnisch-ukrainischen Beziehungen hervor. Mit Sicherheit begünstigt die in der Ukraine gegenwärtig herrschende affirmative Einstellung zu den ukrainischen Nationalisten – die für die Verbrechen an den Polen verantwortlich waren – und ihre Deutung als Unabhängigkeitskämpfer für ihr Land eine Verhärtung des polnischen Standpunktes, allerdings lässt sich diese Frage nicht nur auf die in der Ukraine verlaufenden Prozesse einschränken. Festzustellen ist, dass das Thema Wolhynien generell das wichtigste Motiv im polnischen historischen Narrativ insgesamt ist. Es ist zudem eine Art Versicherungspolice gegen eine kritische Selbstreflexion über die Gestalt der polnischen Identität sowie des historischen Gedächtnisses in Bezug auf Polen in Osteuropa. Vielmehr sind verschiedene polnische negative Vorstellungen von den Ukrainern im Kontext von Wolhynien tief in den oben dargestellten Topoi verankert. Diesen Stereotypen zufolge gehören die Ukrainer zum Osten (den Turaniern, byzantinisch, post-sowjetisch usw.), das heißt barbarisch, zurückgeblieben, undankbar gegenüber dem zivilisatorischen Fortschritt, der dank des westlichen Polens erreicht werden konnte.

Das polnische Parlament fasst jedes Jahr einen Beschluss zur Wolhynien-Frage (im Juli 2025 auch ein Gesetz – siehe Rubrik »Dokumentation«, Anm.d.Red.), was sich in puncto Häufigkeit nicht mit dem Gedenken anderer, oft wichtigerer historischer Ereignisse vergleichen lässt. Trotz der bestehenden starken politischen Polarisierung in Polen bildete sich bei der Frage des Gedenkens an Wolhynien ein sehr breiter politischer Konsens heraus, der auch das linksorientierte politische Lager umfasst. Die vom Sejm verabschiedeten Beschlüsse werden von Jahr zu Jahr dogmatischer und rigider (der polnische Standpunkt als einzige Wahrheit, keinerlei Wahrnehmung irgendwelcher positiver Aspekte, die sich in der heutigen Situation zwischen Russland und der Ukraine als Erbe aus dem ukrainischen Nationalismus bestimmen lassen könnten). Beispielsweise stellt der Beschluss aus dem Jahr 2024 fest, dass »in der Ukraine eine zunehmende Popularität der Bezugnahme auf die Organisation der Ukrainischen Nationalisten und die Ukrainische Aufstandsarmee zu beobachten ist, weshalb der Sejm der Republik Polen festhält, dass auf staatlicher Ebene angestrebt werden muss, solcherart Einstellungen zu eliminieren« und »jegliche Versuche, die Wahrheit über das Massaker von Wolhynien zu relativieren, sowie Lügen und Verfälschungen in der Diskussion über dieses Ereignisses verurteilt«. Die fundamentale Bedeutung des Topos Wolhynien, der sich auf den Gegensatz »polnisches Opfer – ukrainischer Verbrecher« stützt, erschwert in Polen die kritische Reflexion der eigenen Verantwortung für historisches Unrecht und Verbrechen an den Ukrainern und ihren ruthenischen Vorfahren sehr. Ohne eine solche

Reflexion und gleichzeitig eine kritischere Einstellung auch der Ukrainer zum Erbe des ukrainischen Nationalismus ist es schwer vorstellbar, dass sich die bisherigen historischen Konflikte zwischen Kyjiw und Warschau abschwächen werden.

Allerdings betreffen diese Konflikte auch fundamentale Fragen der Sicherheit und Geopolitik. Vor einigen Jahren haben polnische Politiker, insbesondere aus dem stark rechts orientierten Lager, begonnen, die Anerkennung der Verbrechen von Wolhynien als Völkermord durch die Ukraine zur wichtigsten Bedingung dafür zu erklären, dass Warschau die Mitgliedschaft Kyjiws in der Europäischen Union und der NATO unterstützt. Tatsächlich geht es ihnen generell darum, dass die Ukrainer die polnische Perspektive auf ein Thema ihrer eigenen Geschichte übernehmen. Die Frage, die polnische Unterstützung für die Mitgliedschaft der Ukraine in den euroatlantischen Strukturen von der ukrainischen Abrechnung mit der Vergangenheit abhängig zu machen, wurde zu einem der wichtigsten Themen des polnischen Präsidentschaftswahlkampfes in den Jahren 2024–2025. Die harte Haltung der Mehrheit der polnischen politischen Eliten kann auf eine breite gesellschaftliche Unterstützung zählen. In einer Umfrage, die im Internetportal Wirtualna Polska Anfang 2025 veröffentlicht wurde, stimmten knapp 60 Prozent der Polen der Meinung zu »ich kann mir keinen Beitritt der Ukraine in die EU und die NATO vorstellen, bevor sie nicht mit der Vergangenheit, das heißt dem Verbrechen von Wolhynien, abgerechnet hat«. Nur 25 Prozent waren anderer Meinung.

Historiker-Politiker in Schlüsselpositionen

Insbesondere der Präsidentschaftskandidat Karol Nawrocki konnte sich die Welle der antiukrainischen Stimmung zunutze machen und gewann damit im Juni 2025 die Wahl. Der neue Präsident personifiziert die starke Position der Historiker in der polnischen politischen Elite. In den Jahren 2017–2021 war er Direktor des Museums des Zweiten Weltkrieges in Danzig (Gdańsk), eines der größten Museen in Polen, und in den Jahren 2021–2025 Präses des Instituts für Nationales Gedenken (dazu im Folgenden mehr). Seine engsten Mitarbeiter aus diesen beiden Institutionen bilden den harten Kern des Präsidialamtes. Chef des Büros für Nationale Sicherheit wurde der Geschichtspräsident Sławomir Cenckiewicz, von 2016–2023 Direktor des Historischen Büros der Streitkräfte. Symptomatisch ist es, dass im November 2024 auf dem von der PiS organisierten Zivilgesellschaftlichen Kongress der oben bereits genannte Historiker Andrzej Nowak offiziell verkündete, dass Karol Nawrocki der von der PiS unterstützte »Kandidat der Bürger« in den Präsidentschaftswahlen ist. Nowak stellte auch dessen Lebenslauf vor und bezog sich dabei häufig auf historische Ereignisse, wobei er Parallelen zwischen diesen und der aktuellen

Situation Polens entwarf. Nowak wurde am selben Tag zum Vorsitzenden des Bürgerkomitees zur Unterstützung Nawrockis ernannt. Zurzeit ist Nowak gesellschaftlicher Berater des Präsidenten und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates des Instituts für Nationales Gedenken.

Diese dominierende Repräsentanz von Historikern in Schlüsselpositionen betrifft nicht nur die präsidentiale Administration. Politiker mit akademischer historischer Ausbildung spielen seit Jahren eine wichtige Rolle in der polnischen politischen Elite und gestalten die polnische Außenpolitik mit (diese liegt im Verantwortungsbereich des Ministerpräsidenten, des Außenministers, des Verteidigungsministers, des Sejm und Senats, u. a. mit ihren Auswärtigen Ausschüssen). Die Überrepräsentation speist sich insbesondere aus der PiS. Einen Abschluss in den Geschichtswissenschaften besitzen der ehemalige Ministerpräsident Mateusz Morawiecki (2017–2023), zurzeit Vizechef der PiS und Vorsitzender der Fraktion Europäische Konservative und Reformer im Europaparlament, sowie Mariusz Błaszczak, ehemaliger stellvertretender Ministerpräsident und Verteidigungsminister, jetzt Vizepartei- und Fraktionsvorsitzender der PiS. Historiker nehmen auch in der aktuellen politischen Elite eine starke Position in außenpolitischen Ämtern ein. Ein Studium der Geschichtswissenschaft absolvierte Donald Tusk, Ministerpräsident und Partei- und Fraktionschef der konservativ-liberalen Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), der Partei, die aktuell die höchsten Umfragewerte verzeichnet. Historiker sind des Weiteren die Vorsitzenden der Auswärtigen Ausschüsse des Sejm, Paweł Kowal, ehemaliger Vizeaußenminister und Chef des Rates für die Zusammenarbeit mit der Ukraine, und des Senats, der frühere Außenminister Grzegorz Schetyna.

Die institutionelle Infrastruktur

Die auf der Geschichts-Identitätspolitik gründende Außenpolitik Polens besitzt dank einer soliden institutionellen Basis ein großes Entwicklungspotential. Ein lang bewährtes Instrument der polnischen Kultur und Geschichte stellen die Polnischen Institute dar, die dem Außenministerium unterstellt sind. Ihr in den Statuten festgelegtes Ziel ist die Public Diplomacy und kulturelle Diplomatie, das heißt die Kommunikation des polnischen Staates mit den Gesellschaften anderer Länder. Mit den Polnischen Instituten im Ausland arbeiten inländische Kulturinstitutionen zusammen, die in ihre Statuten die internationale Zusammenarbeit aufgenommen haben. Dazu gehören u. a. das Adam-Mickiewicz-Institut, das Buchinstitut, das Theaterinstitut, das Nationale Frédéric-Chopin-Institut und das Polnische Institut für Filmkunst. Zurzeit sind weltweit 25 Institute aktiv, der bei weitem größte Teil in Europa und hier mit deutlicher Mehrheit in der Europäischen Union. Viele von ihnen wurden in den letzten 25 Jahren gegründet.

In dieser Zeit entstand auch eine Reihe neuer öffentlicher Einrichtungen, die sich der Geschichte widmen und ebenfalls im Ausland kulturelle und Public Diplomacy betreiben. Das unbestritten wichtigste von ihnen ist das bereits genannte Institut für Nationales Gedenken, das im Jahr 2000 seine Tätigkeit aufnahm. Es umfasst Organe und Strukturen in den Aufgabenfeldern Forschung, Bildung, Schutz des nationalen Erbes (Archive, Museen, Bibliotheken), Ermittlungsverfahren, Überprüfung von Geheimdiensttätigkeiten in der Zeit der Volksrepublik Polen, Recherche, Gedenken und Veröffentlichungen. Nachdem die PiS 2015 die Regierungsverantwortung übernommen hatte, wurden das Budget des Instituts und die Zahl seiner Mitarbeiter deutlich angehoben. Im Jahr 2025 umfasst sein Haushalt 140 Mio. Euro. Seit dem Jahr 2000 stieg er um das siebeneinhalbfache, also deutlich schneller als das Bruttoinlandsprodukt Polens. Zurzeit beschäftigt das Institut knapp 2.500 Personen. Die Leitung (die Mehrheit des Wissenschaftlichen Beirates des Instituts) steht dem neuen Staatpräsidenten ideologisch nahe.

Im Jahr 2006 wurde das Museum der Geschichte Polens gegründet. Vom Zeitpunkt der Gründung bis zum Ende der Bauarbeiten im Jahr 2023 vergingen 17 Jahre und die Kosten der Realisierung des Projekts beliefen sich (zusammen mit der ständigen Ausstellung) auf ca. 300 Mio. Euro. Es ist das teuerste Museum in der Geschichte Polens. Im Jahr 2008 wurde wiederum das Museum des Zweiten Weltkrieges gegründet. Sein Bau im Wert von mehr als 100 Mio. Euro wurde 2017 fertiggestellt, zwei Jahre nach dem Regierungsantritt der PiS. Die Regierung akzeptierte viele Bestandteile der Ausstellung nicht und tauschte außerdem die Leitung aus, was einen ersten juristischen und politischen Konflikt auslöste. Die jüngste Einrichtung unter den neuen bedeutenden Institutionen, die sich mit der polnischen Geschichts-Identitätspolitik befassen, wurde 2017, bereits unter der PiS, gegründet – das Witold-Pilecki-Institut für Solidarität und Tapferkeit. Seit 2019 ist eine Zweigstelle in Berlin tätig. Im Zeitraum von sechs Jahren (2018–2024) erhielt es insgesamt mehr als 160 Mio. Euro. Im Jahr 2025 rief die Geschichtspolitik gegenüber Deutschland einen Konflikt im Institut hervor, der mit dem Austausch der Leitung beendet wurde.

Politik auf Steroiden

Die aktuellen gesellschaftlichen und politischen Trends in Polen legen nahe, dass der deutliche Rechtsruck der polnischen Gesellschaft eine Entwicklung ist, die zuneh-

men und sich in den kommenden Parlamentswahlen im Jahr 2027 niederschlagen wird oder sogar früher im Falle vorgezogener Neuwahlen. In den kommenden Jahren ist eine weitere mehrprozentige Zunahme der Unterstützung für die extreme Rechte und der Rückgang kleinerer Mitte-rechts bis linker Gruppierungen bis unter die Fünf-Prozent-Hürde möglich. Ein solches zukünftiges rechtskonservatives bis äußerst rechtes Parlament wird höchstwahrscheinlich eine Regierung hervorbringen, die eine an der Geschichts-Identitätspolitik orientierte Außenpolitik auf einem bisher nicht bekannten Niveau betreibt (»Politik auf Steroiden«), mit Hilfe deutlich höherer finanzieller Unterstützung für die kulturelle und Public Diplomacy im Ausland sowie einer radikal durchsetzungsstarken legislativen Aktivität (Beschlüsse und Gesetze) auf dem Feld der auf andere Staaten ausgerichteten Erinnerungspolitik. Die Hauptadressaten dieses neuen Kurses werden die Ukraine und Deutschland sein. Im Falle der Ukraine wird man sich darauf einstellen müssen, dass Polen nach den Wahlen als Bedingung für den Beitritt der Ukraine zur NATO und zur EU die Abrechnung Kyjiws mit der Vergangenheit stellt, was die Übernahme der polnischen Geschichtsversion bedeuten wird.

Eine Ankündigung künftiger Probleme ist das von Präsident Nawrocki Ende September 2025 in den Sejm eingebrachte Gesetz, das die Ideologie der ukrainischen Nationalisten für illegal erklärt und sie mit dem Nationalsozialismus und Kommunismus gleichsetzt. Das Gesetz kann dank der Unterstützung eines Teils der Mitte-rechts orientierten Abgeordneten der Regierungskoalition sowie Stimmenthaltungen eine Mehrheit bekommen. Sein Inkrafttreten wird mit Sicherheit zu einer ersten Krise in den bilateralen Beziehungen zwischen Kyjiw und Warschau führen. Die Ukraine hat bereits eine adäquate Reaktion auf eine solche mögliche Entscheidung angekündigt. Natürlich wäre die fundamentale Bedrohung für die Sicherheit Polens vonseiten Russlands ein wichtiger Aspekt, der den negativen Einfluss der Geschichtspolitik beider Länder auf die bilaterale Zusammenarbeit mäßigen könnte. Allerdings kann es sein, dass das große Potential, das in dieser Zusammenarbeit steckt, nicht genutzt wird, wenn die polnische Außenpolitik dauerhaft in den Schatten der Geschichte eintaucht und zur Geisel der fehlenden selbstkritischen Reflexion über die eigene Vergangenheit, das historische Gedächtnis und die eigene Identität wird.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor

Adam Balcer ist Programmdirektor am Jan Nowak-Jeziorański-Kolleg für Osteuropa (*Kolegium Europy Wschodniej im. Jana Nowaka-Jeziorańskiego*) und assoziierter Wissenschaftler beim European Council on Foreign Relations (ECFR). Seine Interessensgebiete sind Geschichte, Kultur, Identität und Geopolitik Mittel- und Osteuropas.

DOKUMENTATION

11. Juli – Nationalfeiertag zum Gedenken der Polen, die 1939–1946 Opfer des Völkermordes durch ukrainische Nationalisten wurden (Gesetzestext)

Gesetz vom 4. Juni 2025 über die Festsetzung des 11. Juli als Nationaler Gedenktag für die Polen – Opfer des von der Organisation Ukrainischer Nationalisten und der Ukrainischen Aufstandsarmee begangenen Völkermordes in den Ostgebieten der Zweiten Republik Polen

Warschau, 4. Juli 2025

Gesetzesblatt der Republik Polen

In den Jahren 1939–1946 begingen ukrainische Nationalisten der Organisation Ukrainischer Nationalisten, der Ukrainischen Aufstandsarmee sowie anderer ukrainischer nationalistischer Formationen, die in den polnischen Ostgebieten der Zweiten Republik Polen [...] sowie der heutigen Woiwodschaften Lubelskie und Podkarpackie tätig waren, an der polnischen Bevölkerung das Verbrechen des Völkermordes. Sie ermordeten mehr als 100.000 Polen, vor allem Einwohner von Dörfern, zerstörten ihren Besitz und führten eine Fluchtbewegung Hunderttausender Polen aus den Ostgebieten der Zweiten Republik Polen herbei. Der Höhepunkt dieses Verbrechens fällt auf den Juli 1943, das symbolische Datum des von ukrainischen Nationalisten vollführten unheilvollen Vorgehens gegen die Polen ist der 11. Juli 1943, als Polen in ca. 100 Ortschaften ermordet wurden. Dem Märtyrertod aus dem Grund der Zugehörigkeit zur polnischen Nation gebührt die Erinnerung in Form eines jährlich vom polnischen Staat herausgehobenen Tages, an dem den Opfern Ehre erwiesen wird.

Art.1 Der 11. Juli wird als Nationaler Gedenktag für die Polen – Opfer des von der Organisation Ukrainischer Nationalisten und der Ukrainischen Aufstandsarmee begangenen Völkermordes in den Ostgebieten der Zweiten Republik Polen – festgesetzt.

Art.2 Der Nationale Gedenktag für die Polen – Opfer des von der Organisation Ukrainischer Nationalisten und der Ukrainischen Aufstandsarmee begangenen Völkermordes in den Ostgebieten der Zweiten Republik Polen – ist ein staatlicher Feiertag.

Art.3 Das Gesetz tritt einen Tag nach seiner Veröffentlichung in Kraft.

Der Präsident der Republik Polen: *A. Duda*

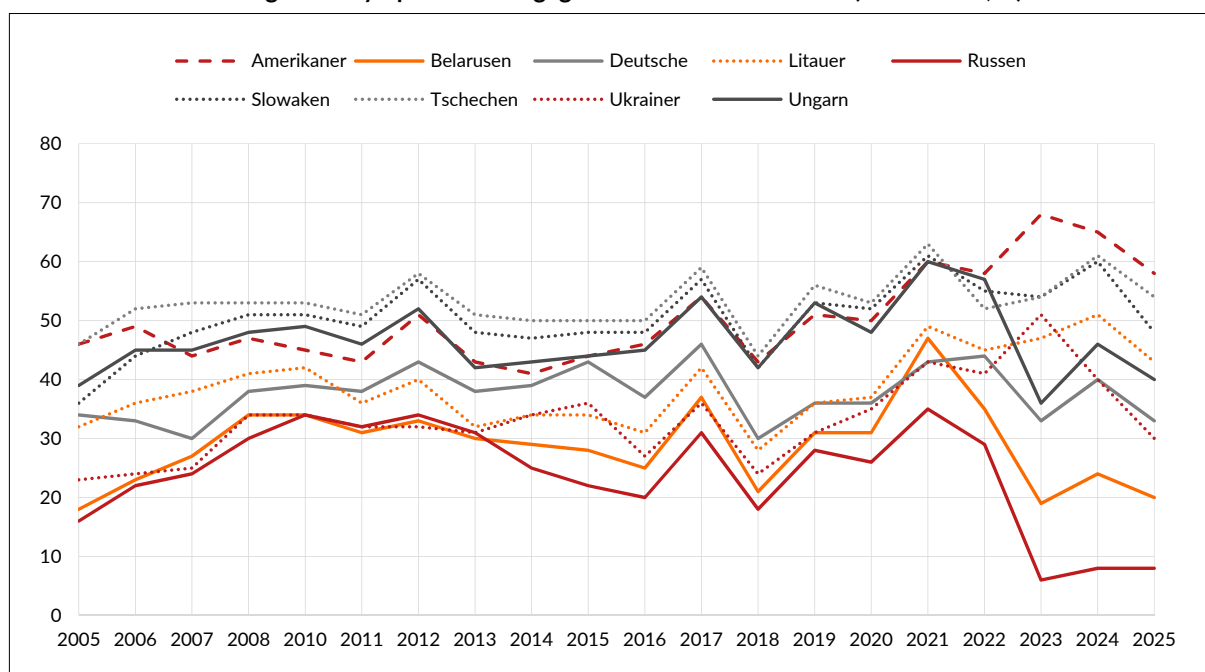
Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: www.sejm.gov.pl

UMFRAGEN

Veränderungen der Sympathie und Antipathie der polnischen Bevölkerung gegenüber anderen Nationen 2005–2025

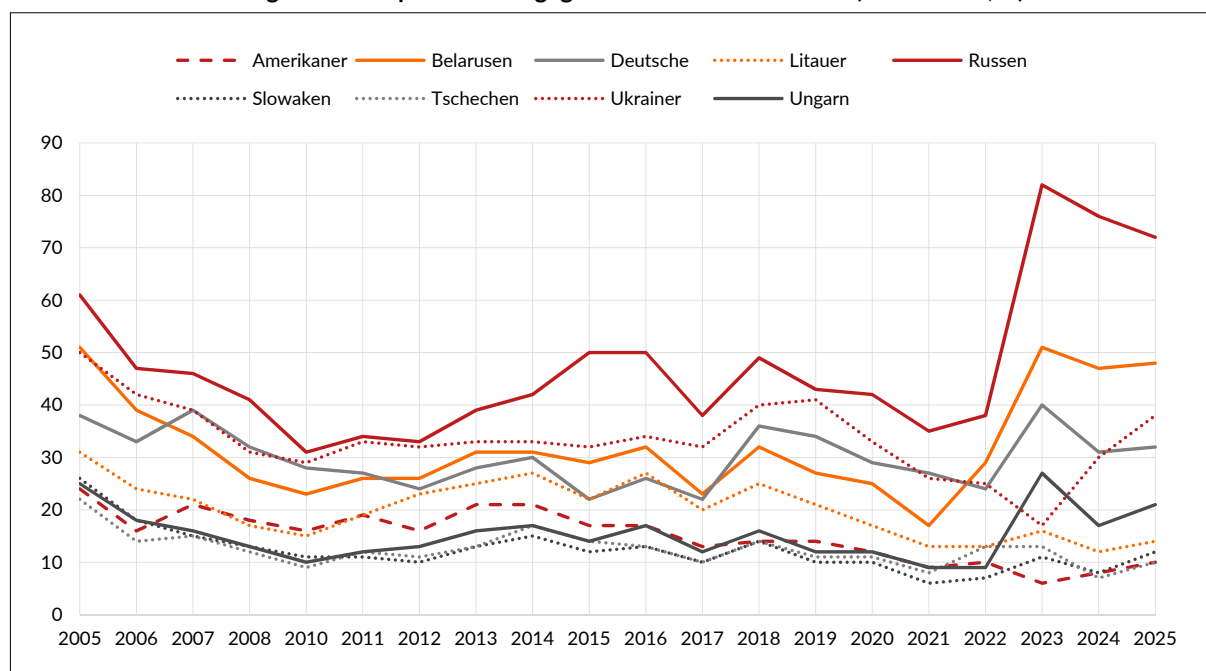
Grafik 1: Veränderungen der Sympathiewerte gegenüber anderen Nationen (2005–2025, %)



	Amerikaner	Belarusen	Deutsche	Litauer	Russen	Slowaken	Tschechen	Ukrainer	Ungarn
2005	46	18	34	32	16	36	46	23	39
2006	49	23	33	36	22	44	52	24	45
2007	44	27	30	38	24	48	53	25	45
2008	47	34	38	41	30	51	53	34	48
2010	45	34	39	42	34	51	53	34	49
2011	43	31	38	36	32	49	51	32	46
2012	51	33	43	40	34	57	58	32	52
2013	43	30	38	32	31	48	51	31	42
2014	41	29	39	34	25	47	50	34	43
2015	44	28	43	34	22	48	50	36	44
2016	46	25	37	31	20	48	50	27	45
2017	54	37	46	42	31	57	59	36	54
2018	43	21	30	28	18	42	44	24	42
2019	51	31	36	36	28	53	56	31	53
2020	50	31	36	37	26	52	53	35	48
2021	60	47	43	49	35	61	63	43	60
2022	58	35	44	45	29	55	52	41	57
2023	68	19	33	47	6	54	54	51	36
2024	65	24	40	51	8	60	61	40	46
2025	58	20	33	43	8	48	54	30	40

Quelle: CBOS Komunikat z badań 13/2025: Stosunek Polaków do innych narodów [Das Verhältnis der Polen zu anderen Nationen]. Warszawa 07/2025. www.cbos.pl

Grafik 2: Veränderungen der Antipathiewerte gegenüber anderen Nationen (2005–2025, %)



	Amerikaner	Belarusen	Deutsche	Litauer	Russen	Slowaken	Tschechen	Ukrainer	Ungarn
2005	24	51	38	31	61	26	22	50	25
2006	16	39	33	24	47	18	14	42	18
2007	21	34	39	22	46	15	15	39	16
2008	18	26	32	17	41	13	12	31	13
2010	16	23	28	15	31	11	9	29	10
2011	19	26	27	19	34	11	12	33	12
2012	16	26	24	23	33	10	11	32	13
2013	21	31	28	25	39	13	13	33	16
2014	21	31	30	27	42	15	17	33	17
2015	17	29	22	22	50	12	14	32	14
2016	17	32	26	27	50	13	13	34	17
2017	13	23	22	20	38	10	10	32	12
2018	14	32	36	25	49	14	14	40	16
2019	14	27	34	21	43	10	11	41	12
2020	12	25	29	17	42	10	11	33	12
2021	9	17	27	13	35	6	8	26	9
2022	10	29	24	13	38	7	13	25	9
2023	6	51	40	16	82	11	13	17	27
2024	8	47	31	12	76	8	7	30	17
2025	10	48	32	14	72	12	10	38	21

Quelle: CBOS Komunikat z badań 13/2025: Stosunek Polaków do innych narodów [Das Verhältnis der Polen zu anderen Nationen]. Warszawa 07/2025. www.cbos.pl

CHRONIK

16. September – 20. Oktober 2025

16.09.2025	Präsident Karol Nawrocki wird in Berlin von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sowie Bundeskanzler Friedrich Merz empfangen. Es ist Nawrockis erster Besuch in Berlin nach seiner Amtseinführung im August. Angesichts der jüngsten Verletzungen des polnischen Luftraums durch Russland in der vergangenen Woche unterstreicht Merz, dass Deutschland fest und unverbrüchlich an der Seite Polens stehe. Die gemeinsame Sicherung des Ostseeraums und der NATO-Ostflanke habe hohe Priorität. Deshalb habe die Bundesregierung ihr Engagement im Air Policing über Polen verlängert und ausgeweitet. Nawrocki spricht auch das Thema Reparationszahlungen von Deutschland an Polen an. Die Diskussion darüber sei noch offen, so Nawrocki. Er habe eingebracht, dass Reparationszahlungen Deutschlands für den Aufbau der polnischen Streitkräfte sowie die Stärkung der NATO-Ostflanke verwendet werden könnten. Am Vortag hat der Polen-Beauftragte der Bundesregierung, Knut Abraham, die Ablehnung deutscher Reparationszahlungen an Polen bekräftigt, da die Frage rechtlich abgeschlossen sei, im Gegenzug aber Sicherheitsgarantien in Aussicht gestellt.
16.09.2025	Im Anschluss an seinen Besuch in Berlin begibt sich Präsident Karol Nawrocki nach Paris, wo ihn Präsident Emmanuel Macron empfängt. Hauptthemen der Gespräche sind die Sicherheitslage in Ostmitteleuropa, insbesondere an der NATO-Ostflanke, vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sowie das EU-Mercosur-Abkommen. Mit Blick auf die heimische Landwirtschaft stehen beide Länder dem Abkommen kritisch gegenüber.
17.09.2025	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz besucht in Orzysz (Woiwodschaft Ermland-Masuren/województwo warmińsko-mazurskie) eine Übung des Militärmanövers Iron Defender-25, an dem 30.000 Soldaten der polnischen Armee und der NATO-Partner teilnehmen. Geübt wird die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Streitkräfte und Waffengattungen für den Verteidigungsfall.
18.09.2025	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz und sein ukrainischer Amtskollege Denys Schmyhal unterzeichnen in Kyjiw drei Vereinbarungen über militärische Zusammenarbeit: Eine betrifft die Zusammenarbeit im Bereich Cybersicherheit und Künstliche Intelligenz, eine weitere die gemeinsame Entwicklung und Produktion von Drohnen. In der dritten Vereinbarung sprechen sich beide Seiten dafür aus, weitere Staaten zur Zusammenarbeit im NATO-Ukraine Zentrum für Analyse, Ausbildung und Schulung (JATEC – Joint Analysis, Training and Education Centre) zu animieren. JATEC hat seinen Sitz im polnischen Bydgoszcz.
19.09.2025	Maciej Berek, Minister für die Aufsicht über die Umsetzung der Regierungspolitik, stellt auf einer Pressekonferenz fünf Prioritäten des Regierungshandelns vor. Zur Priorität »Sicherheit« gehören innere Sicherheit, wirtschaftliche Sicherheit, Sicherheit bei Gefahren von außen und explizit an der NATO-Ostflanke sowie eine starke internationale Position Polens. Der Schwerpunkt »effektiver Staat« sieht die Fortsetzung der Justizreform sowie der Digitalisierung im öffentlichen Dienst und im Gesundheitswesen vor. Weitere Prioritäten sind Investitionen in Infrastruktur sowie eine Steuerreform.
22.09.2025	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz teilt mit, dass Polen und Schweden eine gemeinsame Militärübung im Ostseeraum, »Gotland Sentry«, durchführen. Es handelt sich um die erste bilaterale Short Notice Exercise (SNEX), bei denen Situationen mit kurzer Vorwarnzeit geübt werden.
22.09.2025	Außenminister Radosław Sikorski nimmt an der Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates in New York teil. In seiner Rede bezeichnet er die Verletzung des polnischen Luftraums durch russische Drohnen vor zwei Wochen als eine weitere Eskalation des hybriden Krieges, den Russland seit Jahren gegen Länder des Westens führe. Er warnt die russische Regierung, dass Flugzeuge oder andere Flugkörper abgeschossen werden könnten, sollten sie unberechtigt in NATO-Territorium eindringen.
23.09.2025	In der Generaldebatte der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York stellt Präsident Karol Nawrocki fest, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine sei ein Versuch, die Regeln der internationalen Gemeinschaft auf die Probe zu stellen. Alle trügen die Verantwortung, nicht nur Worte über Frieden und Sicherheit zu verlieren, sondern diesen auch konkrete Taten folgen zu lassen. Weiter sagt er, dass Staaten und Nationen volle Entschädigung von den Angreifern im Zweiten Weltkrieg gebühre. Wolle man eine Gemeinschaft demokratischer Staaten, die Europäische Union, aufbauen, müsse man sich gemeinsam darauf verständigen, dass sich ein Krieg in wirtschaftlicher Hinsicht nicht für die Angreifer auszahle.
23.09.2025	Ministerpräsident Donald Tusk teilt mit, dass Polen die Grenze zu Belarus ab dem 25. September in beide Richtungen für alle Verkehre wieder öffnet. Die Schließung war im Zusammenhang mit dem russisch-belarussischen Militärmanöver »Westen 2025« Mitte September beschlossen worden.

26.09.2025	Nach einer Abstimmung leitet der Sejm den vom Verband der Laienkatecheten (Stowarzyszenie Katechetów Świeckich) eingebrachten Gesetzesentwurf zum Religions- und Ethikunterricht in den Schulen an die betreffenden Ausschüsse zur Bearbeitung weiter. Die Zustimmung zu dem Entwurf erfolgte überwiegend mit den Stimmen der Oppositionsparteien, aber auch der Regierungspartei Polen 2050 (Polska 2050). Zuvor hatte das Bildungsministerium den Gesetzesentwurf abgelehnt. Er sieht vor, dass Religions- sowie Ethikunterricht mit zwei Wochenstunden verpflichtend in allen Schulstufen stattfinden und die Zensur im Notendurchschnitt berücksichtigt werden soll. Der Schüler kann sich für eines der Fächer entscheiden oder auch an beiden teilnehmen. Zurzeit findet der Religions- bzw. Ethikunterricht mit einer Stunde wöchentlich statt.
27.09.2025	Nach der Sitzung des Landesrates der Partei Polen 2050 (Polska 2050) erklärt der Vorsitzende und Gründer der Partei Szymon Hołownia, nicht erneut für die Wahl des Vorsitzenden zu kandidieren. Die Wahl soll im Januar 2026 stattfinden. Politische Beobachter führen die Entscheidung u. a. auf das schlechte Abschneiden Hołownias bei den Präsidentschaftswahlen dieses Jahres und Kritik an der Arbeit der Regierungskoalition unter Ministerpräsident Donald Tusk zurück, der auch Polen 2050 angehört.
29.09.2025	In Warschau findet die alljährliche internationale Konferenz Warsaw Security Forum statt, bei der Politiker, Experten und Vertreter der Wirtschaft sicherheitspolitische Fragen und Strategien diskutieren. In seiner Rede unterstreicht Ministerpräsident Donald Tusk, dass der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine auch »unser Krieg« sei. Sollte er verloren werden, werde dies Folgen für die kommenden Generationen in Europa, den USA und der ganzen Welt haben. Polen habe die Entscheidung getroffen aufzurüsten und seine Streitkräfte zu modernisieren. Wenn sich Polen auf den Beistand der NATO verlassen wolle, müsse es ein vollwertiges Mitglied des Bündnisses sein.
29.09.2025	Außenminister Radosław Sikorski empfängt in Warschau Bundesaußenminister Johann Wadephul. Themen des Treffens sind die Unterstützung der Ukraine im russischen Angriffskrieg, die Stärkung der regionalen und europäischen Sicherheit sowie die Zusammenarbeit im Ostseeraum. Weiter werden bilaterale Themen, u. a. das Gedenken der polnischen Opfer des Zweiten Weltkrieges in Berlin angesprochen.
29.09.2025	In Warschau treffen sich die Außenminister des Weimarer Dreiecks (Deutschland, Frankreich, Polen) sowie der Ukraine, Johann Wadephul, Jean-Noël Barrot, Radosław Sikorski sowie Andrij Sybiha. Sie unterstreichen die Notwendigkeit, die Verteidigungsfähigkeiten Europas zu verstärken, was die Befestigung der NATO-Ostflanke mit einschließe. Die Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA im Rahmen der NATO habe Schlüsselbedeutung für die Sicherheit und Stabilität des transatlantischen Raumes. Lösungsmöglichkeiten für die Beendigung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine müssten in enger Abstimmung mit der ukrainischen Regierung und unter Berücksichtigung der europäischen Interessen erarbeitet werden.
30.09.2025	Innenminister Marcin Kierwiński empfängt den dänischen Minister für Resilienz und Bereitschaft, Torsten Schack Pedersen. Themen des Treffens sind u. a. der Schutz der kritischen Infrastruktur im Ostseeraum vor dem Hintergrund der Verletzungen des Luftraums durch russische Drohnen sowie Angriffe auf die kritische Infrastruktur. Kierwiński weist darauf hin, dass in Polen ein Zentrum für die Sicherheit des Meeres (Centrum Bezpieczeństwa Morskiego) entsteht, dass dem Grenzschutz zugeordnet ist. Außerdem werden ein Landesplan und regionale Pläne zur Evakuierung der Bevölkerung erarbeitet.
01.10.2025	Ministerpräsident Donald Tusk nimmt in Kopenhagen am informellen Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs über die Stärkung der europäischen Verteidigungs- und Wettbewerbsfähigkeit teil. Er warnt, dass die größte Gefahr für Europa seine übermäßige Bürokratie und die hohen Energiepreise sei. Im harten Konkurrenzkampf müsse den europäischen Unternehmen das Leben erleichtert werden, da sie dabei seien, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren. Europa dürfe nicht ständig seine Klimaziele verschärfen, wenn andere dies nicht ebenso täten.
04.10.2025	Innenminister Marcin Kierwiński und Tomasz Siemoniak, Koordinator für die Geheimdienste, nehmen am Migrationsgipfel in München teil, zu dem Bundesinnenminister Alexander Dobrindt seine Amtskollegen aus mehreren europäischen Staaten eingeladen hat. Kierwiński spricht sich für eine Verschärfung der Migrationspolitik und der Sicherung der EU-Außengrenzen aus und begrüßt, dass Europa sich dem polnischen Standpunkt zunehmend annähert. Weiter fordert er die Beteiligung der Europäischen Union an den Kosten für die Sicherung der EU-Außengrenze, insbesondere der polnisch-belarusischen Grenze.
05.10.2025	Die Verlängerung der befristeten Kontrollen an der Grenze zu Deutschland sowie zu Litauen tritt in Kraft und dauert zunächst bis zum 4. April 2026. Als Grund für die Grenzkontrollen führt das Innenministerium Erfolge bei der Bekämpfung von Schleuserbanden und illegaler Migration an.
06.10.2025	Nach aktuellen Schätzungen des Ministeriums für Familien, Arbeit und Sozialpolitik betrug die Arbeitslosenquote im September 2025 5,6 Prozent.

07.10.2025	Der parlamentarische Ausschuss für die Geheimdienste behandelt in einer nicht öffentlichen Sitzung die Gefahrenlage für Polen infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Nach Einschätzungen von Experten könne Russland neben Sabotageakten und Drohneneinsätzen z. B. zu Spionagezwecken die psychologische Kriegsführung vorantreiben und versuchen, in den Gesellschaften der westlichen Staaten, darunter Polen, eine antiukrainische Stimmung zu befördern sowie das Vertrauen in die NATO und die Europäische Union zu untergraben.
08.10.2025	Der Historiker Andrzej Nowak, Berater des Präsidenten Karol Nawrocki, nimmt in Berlin im Bundestagsgebäude an einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung teil, die von den AfD-Abgeordneten Götz Frömming, Adam Balten und Alexander Wolf organisiert wurde. Vor seiner Reise nach Berlin hatte Nowak erklärt, er nehme als Privatperson teil. Er habe die Einladung noch vor der polnischen Präsidentschaftswahl erhalten.
09.10.2025	Der Parteivorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, äußert sich zustimmend zum Treffen des Historikers Andrzej Nowak am Vortag mit AfD-Abgeordneten in Berlin. Zwar vertrete die AfD bei manchen Themen Ansichten, denen die PiS nicht zustimmen könne, aber falls die Partei die Wahlen in Deutschland gewinnen sollte, werde sie ein potentieller Partner Polens, mit dem man werde reden müssen. Der Besuch Nowaks sei hier von Nutzen gewesen. Nowak ist Berater von Präsident Karol Nawrocki, der dem PiS-Lager nahesteht. Er hatte aber angegeben, als Privatperson nach Berlin gereist zu sein.
10.10.2025	Die Europäische Kommission bestätigt den Eingang des Briefes von Präsident Karol Nawrocki vom Vortag, in dem er ankündigt, dass Polen der Zuweisung von Migrantinnen durch europäische Institutionen nicht zustimmen wird. Er verweist darauf, dass in Polen infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine aktuell ca. eine Million ukrainische Geflüchtete leben. Außerdem sei Polen an seiner Ostgrenze weiterhin mit von Russland und Belarus herbeigeführter, instrumentalisierter Migration konfrontiert. Die Europäische Union sollte sich auf die Bekämpfung der Migrationsursachen in den Ländern Afrikas und des Nahen Ostens sowie auf die Schließung der EU-Außengrenzen und die Bekämpfung von Schleuserbanden konzentrieren. Markus Lammert, Sprecher der Europäischen Kommission, sichert Polen politische und finanzielle Unterstützung zu. Die Kommission werde die besondere Situation Polens berücksichtigen.
11.10.2025	In Warschau findet eine von der Oppositionspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) organisierte Demonstration gegen Migration, das Mercosur-Abkommen und die Politik der Regierungskoalition statt. Nach Angaben der Polnischen Presseagentur nehmen 10.000 bis 15.000 Personen teil.
12.10.2025	In Polen sowie weiteren EU-Ländern startet heute das neue elektronische Grenzsystem EES (Entry/Exit System). Vorgesehen ist, die Ein- und Ausreise von Nicht-EU-Bürgern umfassend digital zu erfassen.
14.10.2025	Nach neuesten Angaben des Hauptstatistikamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) wurden im Zeitraum von Januar bis August 2025 Waren im Wert von 236,3 Mrd. Euro exportiert. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist das ein Plus von 1,6 Prozent. Der Import umfasst einen Warenwert von 241,4 Mrd. Euro, das ist eine Steigerung von 4,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.
15.10.2025	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz nimmt am NATO-Gipfel der Verteidigungsminister in Brüssel teil und trifft sich auch mit seinem US-Kollegen Pete Hegseth. Kosiniak-Kamysz teilt anschließend mit, dass dieser ihm eine stabile Präsenz US-amerikanischer Truppen in Polen zugesichert habe. Weiter informiert Kosiniak-Kamysz, dass sich Polen vorerst nicht an der PURL-Initiative (Prioritised Ukraine Requirements List) der NATO beteiligen wird, und verweist auf die Rolle als logistischer Knotenpunkt, die Polen von Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine einnimmt. Die Staaten des PURL-Bündnisses kaufen Rüstungsgüter von den USA für die Ukraine.
16.10.2025	Medienberichten zufolge hat der Parteivorstand der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) angekündigt, in der kommenden Woche einen Parteitag durchzuführen, auf dem der Zusammenschluss mit den Parteien Die Moderne (Nowoczesna) und Initiative Polen (Inicjatywa Polska) zu einer neuen Partei beschlossen werden soll. Beide Parteien gehen im Rahmen der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) bereits ein Bündnis mit der PO ein und haben Ämter in der Regierung inne.
17.10.2025	In Warschau scheitert ein Brandanschlag auf das Parteibüro der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO). Die beiden mutmaßlichen Täter entkommen. Sie sollen gegen die PO gerichtete Äußerungen von sich gegeben haben.

17.10.2025	Katarzyna Kotula, Staatssekretärin beim Ministerpräsidenten von der Partei Die Linke (Lewica), Władysław Kosiniak-Kamysz, Parteichef der Polnischen Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL), Urszula Pasławska, Vizevorsitzende der PSL, und Włodzimierz Czarzasty, Kovorsitzender von Die Neue Linke (Nowa Lewica), stellen einen Gesetzesentwurf über den Status von informellen Beziehungen, sog. nahestehende Personen, die in einer Beziehung leben, vor. Der Entwurf beinhaltet Aspekte wie Besitzverhältnisse, Unterhalt, Erbe, Steuern und Recht auf Information im Krankheitsfall der zweiten Person. Der Vertrag über das Zusammenleben soll beim Notar geschlossen werden und verändert nicht den Familienstand der beiden Personen.
20.10.2025	Paweł Szafernaker, Leiter des Präsidialbüros, teilt mit, dass Präsident Karol Nawrocki den vor drei Tagen präsentierten Gesetzesentwurf zu informellen Beziehungen nicht unterstützt. Den Entwurf hatten hochrangige Vertreter der Polnischen Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL), von Die Linke (Lewica) sowie Die Neue Linke (Nowa Lewica) vorgestellt. Er sieht keine Veränderung des Familienstandes der betreffenden sog. nahestehenden Personen vor, räumt diesen jedoch mehr Rechte ein. Szafernaker sagt, Nawrocki werde nicht zulassen, dass auf diese Weise eine Alternative zur konventionellen Ehe ermöglicht wird.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Osteuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Dr. Agnieszka Łada-Konefał, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2025 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Belarus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: sechs Mal pro Jahr

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest/newsletter-service-belarus-analytical-digest.html>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Moldovan Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>